ULD • Postfach 71 16 • 24171 Kiel

Vorsitzende des Innen- und
Rechtsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Frau Monika Schwalm, MdL
Postfach 7121

24171 Kiel

Holstenstr. 98
D-24103 Kiel
Tel.: 0431/988-1200
Fax: 0431/988-1223
Ansprechpartner/in:
Herr von der Ohe
Durchwahl: 988-1206
Aktenzeichen:
LD2.2-22.03/00.409

Kiel, 26. April 2004

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesmeldegesetzes

Drucksache 15/3255, Umdruck 15/4377

Ihr Schreiben vom 14.04.2004 – Az.: L 215

Sehr geehrte Frau Schwalm,

die von Ihnen übersandten Änderungsvorschläge der Landesregierung zum Gesetzentwurf zur Änderung des Landesmeldegesetzes, Umdruck 15/4377, habe ich aus datenschutzrechtlicher Sicht geprüft. Grundsätzlich bestehen keine Bedenken dagegen, den Polizeibehörden Meldedaten jederzeit über ein automatisiertes Verfahren zur Verfügung zu stellen. Allerdings habe ich Zweifel, ob der dafür im Entwurf enthaltene Begriff des “zentralen Datenabrufverfahrens” ausreichend normenklar ist. Derzeit stellen die meisten Meldebehörden des Landes der Polizei ihre Meldedaten über einen speziellen Rechner zum Abruf bei Dataport zur Verfügung. Dabei handelt es sich aber keineswegs um ein **zentrales** Verfahren, sondern um Auftragsdatenverarbeitung, die in der ausschließlichen Verantwortung der einzelnen Kommunen abgewickelt wird. Die dezentralen Melderegister der Kommunen müssen dabei eindeutig logisch voneinander getrennt bleiben.

Zur Sicherung der Informationsbedürfnisse der Polizei dürfte es in jedem Fall ausreichen, wenn ihr die Meldedaten der Meldebehörden in einem “automatisierten Datenabrufverfahren” zur Verfügung gestellt werden. Sollten dabei tatsächlich Verfahren mehrerer miteinander konkurrierender Anbieter von Meldedatensoftware zum Einsatz kommen, die wiederum für die Polizei mit technischen Zugangsproblemen verbunden wären, könnte über Dataport als derzeitigen Zugangsanbieter für die Polizei sicherlich problemlos und ohne große Kosten eine Portallösung angeboten werden. Ich empfehle deshalb, den in § 25 Abs. 4 Satz 2 des Entwurfs vorgeschlagenen Begriffes des “zentralen Datenabrufverfahrens” durch den Begriff “automatisierten Datenabrufverfahren” zu ersetzen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Helmut Bäuml